Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4648

31. 05. 89

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum NATO-Gipfel am 29./30. Mai 1989 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiative des amerikanischen Präsidenten für die Wiener Abrüstungsverhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa. Präsident Bush versucht damit, das westliche Bündnis aus der politischen Defensive herauszubringen.

2. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß es der Bundesregierung auf dem NATO-Gipfel nicht gelungen ist, ihre Position zur Frage der Abrüstungsverhandlungen über nukleare Artillerie und nukleare Kurzstreckenraketen, wie sie der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 27. April vor dem Deutschen Bundestag dargelegt hat, im Bündnis durchzusetzen.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den ihr verbliebenen Spielraum aktiv zu nutzen, damit Verhandlungen über nukleare Artillerie und nukleare Kurzstreckenraketen bald aufgenommen werden können und ihre Ergebnisse jedenfalls nicht später umgesetzt werden als die der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, schon jetzt auf eine Arbeitsgruppe des Bündnisses zu drängen, die dem NATO-Rat innerhalb von sechs Monaten für seine Sitzung im Dezember das atomare Verhandlungskonzept zur Entscheidung vorlegt. Die Verhandlungen sollen auf das Ziel gerichtet sein, diese Waffenkategorien auf beiden Seiten vollständig zu beseitigen.

4. Die Bundesregierung muß auf eine Beschleunigung der Wiener Abrüstungsverhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa hinwirken mit dem Ziel, den gesamten Abrüstungsprozeß in Europa zu dynamisieren. Gleichzeitig muß die Bundesregierung die seit langem im Gange befindliche Debatte über die Fortentwicklung der Politik und der Strategie des Bündnisses mit eigenen substantiellen Beiträgen vertiefen und vorantreiben.

5. Der NATO-Gipfel hat die Entscheidung über die Produktion neuer „substrategischer" Nuklearwaffen der USA und deren Stationierung auf deutschem Boden aufgeschoben und damit offengehalten. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß eine Entscheidung für die Produktion und Stationierung solcher Waffen mit der zügigen Fortführung des europäischen Abrüstungsprozesses und speziell mit deutschen Interessen unvereinbar ist.

6. Ziel des Abrüstungsprozesses ist ein Zustand in Europa, der gemeinsame Sicherheit durch eine Struktur der beiderseitigen Streitkräfte garantiert, aufgrund deren sie unverändert zur Verteidigung imstande, zum Angriff aber unfähig ist.

Bonn, den 31. Mai 1989

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333